

empfehlung. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthält sich? – Das sind CDU, FDP und die Piratenfraktion. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf Drucksache 16/9807 in der Fassung des Neudrucks angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet** worden.

Ich rufe auf:

13 Terrorprävention stärken – Gesondertes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10303

Ich eröffne die Aussprache, und Herr Kollege Stein hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Robert Stein (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Terrorismus und Terroristen effektiv bekämpfen will, muss die digitale Welt mit einbeziehen. Es ist ein unbefriedigender Zustand, dass Terroristen digitale Spuren im Vorfeld ihrer Taten hinterlassen und unsere Behörden auf diese Spuren nicht oder zumindest nur sehr unzureichend zugreifen können.

(Beifall von der CDU)

Denn der digitale Raum ist eine Erweiterung unserer Realität, die von den Terroristen schon längst genutzt wird. Nordrhein-Westfalen darf diesbezüglich nicht allein auf Hinweise durch befreundete Behörden aus dem Ausland setzen, auch wenn diese selbstverständlich hilfreich und wichtig sind. Unser Land muss daher zügig eigene digitale Kompetenz im Kampf gegen den Terror entwickeln.

(Beifall von der CDU)

Stellen wir uns vor, auf unseren Straßen würden Menschen gesichtet, verumumt und mit Waffen. Es bestünde wohl kein Zweifel daran, dass sofort die Behörden über einen solchen Vorgang alarmiert und sie entsprechend einschreiten würden.

Terroristen präsentieren sich, wie laut Medienberichten vor den barbarischen und verabscheuungswürdigen Anschlägen von Paris geschehen, im Vorfeld ihrer Taten auf Fotos in sozialen Netzwerken, verumumt und mit Waffen. Darüber werden unsere Behörden nicht oder – wenn überhaupt – nur unzureichend und eher sehr zufällig informiert. Es bleibt unverständlich, wieso verfassungsfeindliche Propaganda im digitalen Raum bisher weitgehend unbekannt verbreitet werden kann und warum die Nut-

zung digitaler Infrastrukturen zur Rekrutierung von Terroristen oder Vorbereitung von Anschlägen nicht rigoros verfolgt wird.

Deshalb müssen wir dringend dafür Sorge tragen, dass solche gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Aktivitäten sowie die verfassungsfeindliche Nutzung digitaler Möglichkeiten den Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht werden.

(Beifall von der CDU)

Die Möglichkeiten digitaler Kommunikation werden dabei immer vielfältiger. Es geht nicht nur um Propaganda auf Twitter und Facebook, sondern teilweise auch um geschlossene Benutzergruppen mit mehreren Tausend Teilnehmern auf unterschiedlichen Apps von Kommunikationsanbietern. Aktuell wird sogar in Betracht gezogen, dass Terroristen über digital vernetzte Spielekonsolen miteinander kommunizieren.

Könnten unsere Behörden in einem digitalen Kompetenzzentrum Terrorabwehr entsprechend auf digitale Inhalte mit eindeutig verfassungsfeindlichem und terroristischem Charakter zugreifen, so könnte der Terrorismus im Idealfall schon im Vorfeld von Anschlägen erfolgreich bekämpft werden. Dabei geht es in keiner Weise um die Einschränkung von Freiheit, sondern gerade um den Schutz der Freiheit innerhalb unseres rechtsstaatlichen Rahmens.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wer das kritisiert, muss sich zumindest fragen lassen, für welche seltsame Form von Freiheit da eingestanden werden soll, die es Mördern und den Feinden unserer freiheitlichen Gesellschaft erlauben soll, ihren menschenverachtenden Hass digital zu verbreiten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Niemand kann wollen, dass, wie in Paris so schmerzlich geschehen, zahlreiche unschuldige Menschen ihr Leben lassen, weil man nicht alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Verhinderung solcher Taten umgesetzt hat.

Ich möchte noch erwähnen: Ein solches von mir angesprochenes Kompetenzzentrum ließe sich auch unter bestimmten Bedingungen beim GTAZ ansiedeln. Wichtig ist aber, dass Nordrhein-Westfalen einen starken Beitrag dazu leistet.

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Jäger – er ist gerade nicht im Raum; ich nehme an, Herr Kutschaty, Sie vertreten ihn – und Herr Kutschaty, ich fordere Sie beide auf, mit uns zusammen diese Pläne für ein digitales Kompetenzzentrum Terrorabwehr alsbald umzusetzen, um auch zukünftig für die freiheitsgarantierende Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sorgen zu können.

Es reicht dauerhaft nicht aus, sein eigenes Nicht-handeln wortreich zu kaschieren, wie es zuletzt Herr Jäger im Bereich der bei Google auffindbaren Propaganda unter dem Suchbegriff „Dschihad“ getan hat. Herr Jäger, wenn Sie wollen, dass bei diesem Suchbegriff nicht nur Propaganda und staatsferne Inhalte aufzufinden sind, dann sorgen Sie gefälligst dafür, dass solche Missstände behoben werden! Sie sind schließlich der Minister. Sie sind in der Verantwortung, zu handeln und Lösungen zu finden. Da Sie das bisher nur unzureichend getan haben, helfen wir Ihnen mit diesem konkreten und konstruktiven Vorschlag.

Immerhin – das möchte ich auch erwähnen – sind Herr Jäger und Herr Kutschaty zusammen aufgetreten. Das ist der heutigen Presse zu entnehmen. Es wird eine Forderung, die wir schon im Mai 2015 getätigt haben, endlich umgesetzt: Jetzt soll endlich stärker gegen Hasskommentare und Hetze in sozialen Netzwerken vorgegangen werden. Dafür möchte ich Ihnen recht herzlich danken.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Für die SPD-Fraktion hat Kollege Bialas das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der islamistische Terror nutzt das Internet und seine Möglichkeiten in den Netzwerken seit Jahren intensiv. Propaganda, Anwerbungen, Drohungen und politische Hetze, Geschäfte tätigen, Geld beschaffen, Hackerangriffe, normale Kommunikation, Anstiftung zu und Vorbereitung von Straftaten und Anschlägen – all das findet in der Tat im Netz statt.

Rückwärtsgewandte Ideologien schließen eine Technikaffinität, die Nutzen verspricht, nicht aus. Die Chancen der Medien werden vielmehr konsequent und umfangreich genutzt. Die Nutzung der Möglichkeiten der Medien sind ein wesentlicher Teil des Erfolges und der Attraktivität des islamistischen Terrors sowie des IS.

Daher ist es selbstverständlich, dass eine intensive Beobachtung, Analyse und Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsstellen als zwingend notwendig angesehen und seit Jahren betrieben wird. Denn es geht in der Tat um beides: Anschläge zu verhindern und die Straftaten zu verfolgen. Hierfür ist es nötig, möglichst viele Informationen zu besorgen und zu erhalten. Daran scheitert es übrigens in der Regel nicht. Fast jeder Täter ist vorher bereits einmal oder mehrfach aufgefallen.

Dann geht es darum, diese Informationen zu analysieren, auszuwerten und ihre Relevanz zu erkennen. Dies ist der bedeutend schwierigere Teil, da es

leider Hunderttausende gibt, die meinen, wenn sie nur äußern, dass sie an Gott glauben, könnten sie danach tun und lassen, was sie wollen.

Insbesondere bei den jüngsten Anschlägen sehen wir, dass die Ursachen multikausal sind. Das heißt, es müssen offensichtlich mehrere Faktoren in spezifischen Kontexten hinzutreten, um eine derart tödliche Dimension zu entfalten.

Gestatten Sie mir einen Vergleich zur Ziehung der Lottozahlen. Sie kennen vorher alle Zahlen. Sie wissen, es kann nur eine Zahl von 1 bis 49 vorkommen; mehr Zahlen gibt es beim Lotto nicht. Aber Sie wissen nicht, in welchen Kombinationen sie vorkommen. Es gibt bis zu 15 Millionen Möglichkeiten. Daher sind hinterher immer die Fragen klüger als die Antworten. Nachher weiß es auch immer jeder. Es ist nicht machbar, alle Möglichkeiten sicher zu überwachen. Zu diesem Punkt sei die Rede von Herrn Lindner heute Vormittag anempfohlen.

Wenn wir aber die reale Sicherheitslage in unserem Land sehen, müssen wir auch anerkennen, dass scheinbar diejenigen, von denen wir nicht so viel wissen, von deren Arbeit wir häufig gar nicht so viel mitbekommen, eine recht gute Arbeit gemacht haben müssen und unsere Anerkennung in großem Maße verdient haben. Denn es gibt seit über einem Jahrzehnt ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum im föderalen Kontext. Zusätzlich wurde dann 2007 das kurz von Ihnen erwähnte Gemeinsame Internetzentrum zur Beobachtung und Bewertung islamistischer Internetinhalte in Berlin eingerichtet.

Auf Landesebene gibt es zusätzlich die Staatsschutzabteilung im LKA, welche wiederum vom Cybercrime-Kompetenzzentrum unterstützt wird. Das Cybercrime-Kompetenzzentrum wurde übrigens in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Streife“ umfangreich vorgestellt. Es sollte bekannt sein.

Gesondert auf das Internet bezogene Kompetenzzentren zur Terrorbekämpfung gibt es also bereits. So viel zu Ihrer Forderung. Etwas zu fordern, was es bereits gibt, ist nicht besonders innovativ. Selbstverständlich bleibt es eine immanente Daueraufgabe, die Architektur immer wieder auf ihre Funktion, auf ihre Breite und Tiefe, ihre Netze und Schnittstellen zu überprüfen.

Ihre weiteren Forderungen beziehen sich darauf, inwieweit man Druck auf Anbieter digitaler Kommunikationskanäle ausübt und ausüben kann. Im parlamentarischen Sinne sollten wir weniger von „Druck ausüben“ reden, sondern, wenn man es mit Medienriesen zu tun hat, die nicht zwingend auf Druck reagieren, eher folgende Fragen stellen: Welche Gesetze können wir in dieser Form auf den Weg bringen? Welche sind sinnvoll? Welche sind zielführend?

Auch hier ist sicher, dass dort, wo Straftaten begangen werden – egal, in welcher Hemisphäre –, der

Arm des Gesetzes und die Gerichtsbarkeit folgen müssen.

Welche Gesetze noch auf Rechtsgrundlagen für Eingriffsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung im Hinblick auf das Internet zu überarbeiten oder zu erweitern sind, sollte und muss auf nationaler und internationaler Ebene geprüft werden. Auf diesem Gebiet sind wir und auch unser Innenminister mit Sicherheit vorneweg mit dabei.

Völlig unverständlich erscheint mir allerdings Ihre letzte Forderung. Sie fordern die Landesregierung auf, sich für eine nachhaltige Verbesserung des Informationsflusses zwischen den internationalen Partnern und deren Behörden einzusetzen. Diese Aufgabe ist zuvorderst die eines Bundesamtes für Verfassungsschutz, und das steht im Zuständigkeitsbereich Ihres CDU-Innenministers De Maizière. Insoweit haben Sie wohl wirklich gefordert, dass die Landesregierung Ihren Bundesminister ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Bialas (SPD): ... zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsabläufe in seinem Zuständigkeitsbereich anregen soll. Das halte ich für eine recht tapfere Forderung. Der Überweisung stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Stein, die CDU hat in den vergangenen Monaten immer wieder den digitalen Wandel als Chance betont. Mit dem heutigen Antrag wissen wir: Das war alles blumiges Geschwätz; denn dieser Antrag atmet wieder den alten CDU-Mief von vorgestern. Für Sie ist der digitale Wandel etwas Böses, das Internet etwas Bedrohliches.

(Robert Stein [CDU]: Das ist eine notorische Übertreibung!)

Uns eint die Betroffenheit über die Anschläge von Paris, uns eint die Bereitschaft zum Kampf gegen die terroristischen Mörderbanden, und uns eint auch die Wut, dass Diensteanbieter und Betreiber sozialer Netzwerke mit Hetze im Netz nach wie vor so lax umgehen.

Aber ein Rechtsstaat – und das haben wir auch in der Debatte heute Morgen zum Ausdruck gebracht, lieber Herr Kollege Stein – zeichnet sich gerade dadurch aus, dass er auch in schwierigen Situationen, in denen er barbarisch angegriffen wird, stets

verhältnismäßige Antworten findet – Antworten, in der Freiheit und Recht den Vorrang haben.

Sie fordern uns heute auf, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen.

(Robert Stein [CDU]: Nein!)

Sie fordern eine automatisierte, vollständige Überwachung sämtlicher Inhaltsdaten. Ich hoffe, dass Sie einfach keine Ahnung haben, was Sie da unter Punkt 3 Ihres Antrags formuliert haben.

(Zurufe von Robert Stein [CDU])

Aber das ist genau das, was dahinter steckt, was Sie in der Konsequenz brauchen, wenn Sie das tatsächlich ernst meinen, lieber Kollege Stein.

Ich will nur daran erinnern, dass Sie vonseiten der CDU in der Debatte über die Vorratsdatenspeicherung immer argumentiert haben, das sei doch alles halb so schlimm, das seien doch keine Inhaltsdaten. – Das war natürlich schon damals Quatsch, weil auch Metadaten jede Menge persönlicher Informationen verraten. Aber was Sie heute beantragen, zeigt, wes Geistes Kind Sie wirklich sind; denn um das umzusetzen, müssen Sie eben alle Inhalte

(Robert Stein [CDU]: Das ist doch schon längst Realität!)

filtern, und dabei erwischen Sie dann nicht nur die Terroristen, sondern eine unfassbare Menge an Daten von unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern.

(Robert Stein [CDU]: Das ist eine ganz neue Sicht der Dinge!)

Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der mich an Ihrem Antrag massiv verärgert hat, war Ihre Auseinandersetzung mit dem Thema „Verschlüsselung“. Sie haben die verschlüsselte Kommunikation gewissermaßen als Ursache allen Übels ausgemacht. Es ist gut, dass der Dienst „Telegram“, den Sie angesprochen haben, in Bezug auf die IS-Chat-Gruppen bereits reagiert hat. Aber eine sichere, vertrauliche und verschlüsselte Kommunikation ist dringend notwendig. Das Ende der verschlüsselten Kommunikation würde in der Bevölkerung viele Verlierer zurücklassen. Das wäre im digitalen Zeitalter ein massiver Einschnitt in die Freiheit.

Zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Sie lassen völlig offen, was Ihnen jetzt eigentlich genau fehlt. Ich hatte beim Lesen den Eindruck, Sie haben noch nie davon gehört, dass es bei unserem Landeskriminalamt so etwas wie ein Cybercrime-Kompetenzzentrum gibt, und dass Sie noch nicht mitbekommen haben, was der Verfassungsschutz so macht.

(Zuruf von Robert Stein [CDU])

Das kann damit zu tun haben, dass an der öffentlichen PKG-Sitzung, in der wir vor einiger Zeit sehr prominent diskutiert haben, was der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz zur Abwehr der islamistischen Umtriebe im Netz tut, niemand vonseiten der CDU teilgenommen hat.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Darüber hinaus haben Sie gar nicht konkret gesagt, was Sie jetzt eigentlich genau meinen. In Ihrem Antrag steht, die Landesregierung solle ein gesonderetes Kompetenzzentrum aufbauen. In Ihrer Rede haben Sie gerade aber gesagt, das könne man doch auch irgendwie mit dem GTAZ und dem GIZ machen.

Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie wirklich Interesse an einer substanzhaltigen Debatte haben oder sich tatsächlich irgendwann mal mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

(Zurufe von Robert Stein [CDU])

– Lieber Herr Kollege Stein, hören Sie mir doch einfach einmal zu. Wir haben dort, wo es wirklich zählt, reagiert. Wir haben nach den feigen Anschlägen auf „Charlie Hebdo“ reagiert. Wir haben neue Stellen bei Verfassungsschutz und Polizei geschaffen. Wir stellen dieses Jahr über 1.900 Polizistinnen und Polizisten ein.

Die Antwort auf neue Herausforderungen – und die abscheulichen Taten der IS-Terrorbande stellen definitiv eine neue Herausforderung für die innere Sicherheit dar – muss doch lauten, dass wir uns dem mit einer soliden Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden entgegenstellen. Darüber, wie das funktionieren kann, können wir gerne im Ausschuss debattieren. Eine grenzenlose Erweiterung der Überwachungsinstrumente allerdings wird es mit uns nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte CDU, uns eint, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen, um im Kampf gegen den Terror bestmöglich aufgestellt zu sein. Außerdem eint uns die Forderung, dass Nordrhein-Westfalen in der digitalen Welt mehr tun muss.

Eines möchte ich jedoch auch deutlich sagen: Ein Plenarantrag zur Terrorprävention, der sich im Wesentlichen aus Links zu Internetartikeln generiert, irritiert schon ein wenig in Bezug auf seine fachliche Tiefe.

(Beifall von der FDP, der SPD und von den PIRATEN)

Für einer Partei, die die Bundeskanzlerin, den Bundesinnenminister sowie verschiedene Ministerpräsidenten und Innenminister stellt, wäre da sicher etwas mehr Tiefgang möglich gewesen.

Davon abgesehen ist die These Ihres Antrags – wären Twitter und Facebook im Vorfeld richtig analysiert worden, hätten die Attentate möglicherweise verhindert werden können – leider etwas zu einfach gestrickt. Ich glaube, dieser Antrag, Herr Kollege Stein, wird in seiner Schlichtheit der Tragik des Anschlags und der Komplexität des Problems leider nicht ausreichend gerecht.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Das zeigt dann nämlich genau Ihre Forderung – ich mache es an einem Beispiel fest –, die Landesregierung möge umgehend ein gesonderetes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung des Terrorismus in Nordrhein-Westfalen aufbauen. Sie sprechen von „gesondert“, aber ich glaube, die Anschläge von Paris haben doch gerade gezeigt, dass lokale bzw. nationale Maßnahmen alleine nicht ausreichen.

Jetzt ist doch nicht die Zeit, eigene Süppchen zu kochen. Vielmehr brauchen wir eine noch engere Zusammenarbeit, nämlich eine Zusammenarbeit der Behörden auch mit den Polizei- und Sicherheitsbehörden anderer Staaten im europäischen Kontext. Insofern ist es schade, dass Sie im Antrag mit keiner Silbe die Einrichtung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums erwähnen; Sie haben das jetzt mündlich gemacht, okay. Ein solches Zentrum ist der Ort, um die digitale Terrorabwehr der einzelnen Behörden effektiv zu koordinieren und zu bündeln.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Nordrhein-Westfalen muss gegen islamistische Hetze, gegen Aufrufe zum Dschihad oder Terrornetzwerke im Internet deutlich mehr tun – unter Wahrung der Verfassung, abgestimmt und koordiniert. Das gehört dann auch dazu, wenn wir heute Morgen im Parlament gemeinsam als Demokraten davon reden, mit rechtsstaatlicher Entschlossenheit und Besonnenheit diese Mittel des Rechtsstaats im Kampf gegen den Terror nutzen zu wollen.

Dann muss auch der Aufruf zum Heiligen Krieg strafbar sein; denn immer noch können Hassprediger in Nordrhein-Westfalen folgenlos hetzen.

(Beifall von der CDU)

Unser Innenminister schweigt weiter zur Strafbarkeit von Sympathiewerbung, und auch zur Vereinfachung der Beschlagnahme kriminellen Vermögens kommt keinerlei wahrnehmbarer Impuls von ihm. Stattdessen bleibt man irritiert zurück, wenn Sie, Herr Kutschaty, nach den Anschlägen von Paris gemeinsam mit Herrn Jäger eine Pressekonferenz veranstalten und groß verkünden, Sie würden nun den Kampf gegen die rechtsextreme Hetze im In-

ternet verstärken. Sie sagen, 17 von 50.000 Mitarbeitern der Polizei würden dies künftig tun. 17 von 50.000 – Respekt! Es braucht laut Minister Jäger allein 35 Beamte, um einen Gefährder rund um die Uhr überwachen zu können. Aber 17 Mitarbeiter sollen reichen, um das gesamte World Wide Web zu überwachen?

Und dann klammert man allen Ernstes den Islamismus und den Salafismus aus! Richtig wäre doch vielmehr, endlich eine personalstarke Taskforce aus digitalen Ermittlern im Netz einzusetzen, die sich dann gegen alle Strafraten richtet: gegen Kinderpornografie, gegen Rechtsextremismus, gegen Hassbotschaften und Tötungsaufrufe – und zwar egal, ob von Rechten oder Islamisten. Aber auch nach Diebesgut aus Einbrüchen oder gestohlenen Fahrzeugen oder dem Verkauf von Waffenteilen muss digital ermittelt werden. Es muss also gegen alle Straftäter im Netz ermittelt werden.

Nur, die Realität in Nordrhein-Westfalen ist eine ganz andere. Auf unsere Nachfrage im Innenausschuss hin musste der Innenminister darlegen, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen seit 2012 bis heute keine Fahndungsplattform hat, um beispielsweise Fahndungen nach Straftätern, nach gesuchten Islamisten und Terroristen so zu veröffentlichen, dass eine maximal breite Öffentlichkeit erreicht wird. Die Begründung war, es gebe Schwierigkeiten bei der Programmierung. Und das seit 2012?

Auch nach der Beute aus Einbrüchen wird im Internet kaum gefahndet. Von der Polizei-App, die schon seit Längerem offline ist, will ich hier erst gar nicht reden. Das gehört dann auch dazu, wenn wir hier über digitale Kompetenz und digitale Ausstattung in Nordrhein-Westfalen reden, und das gibt einem sehr zu denken.

Wir stimmen der Überweisung in den Ausschuss natürlich zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Zum zweiten Mal beschäftigen wir uns heute mit den Folgen der Anschläge von Paris. Heute Morgen war die CDU die treibende Kraft, die den Krieg gegen den Terror in die ursprünglich gemeinsam angedachte Resolution hineingetragen hat. Herr Laschet hat dazu – zur allgemeinen Sprachlosigkeit, wie ich hier im Saal bemerkt habe – lang und breit ausgeführt. Und jetzt kommt Kollege Stein mit einem kruden Sammelsurium von Zeitungsmeldungen und halbgenen Beschlussvorschlägen.

Immer geht es um Terrorprävention, verbunden mit Terrorangst. Offensichtlich hat sich die CDU-Fraktion für heute vorgenommen, für die in Berlin, im Bund in Vorbereitung befindlichen neuen und wieder erweiterten Befugnisse und Budgets der Sicherheitsbehörden hier die Stimmung vorzubereiten. Mit uns nicht, meine Damen und Herren, mit uns nicht! Mit Terrorangst macht man keine Gesetze – und erst recht keine Sicherheitsgesetze.

(Beifall von den PIRATEN)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Laschet von heute Morgen verlieren. Er sprach vom europaweiten Datenaustausch der Polizeibehörden und davon, dass es nicht sein könne, dass nur fünf Mitgliedsstaaten Daten an Europol lieferten. Nun ja, ein paar mehr sind es schon, aber sicher ist es gut und richtig, dass die Datenlieferungen nur nach genau definierten Regeln und Gesetzen ablaufen. Da liegt eben noch vieles im Argen, und ich halte es unserem Polizeiapparat zugute, dass zumindest grundsätzlich vorsichtig mit Datenübermittlungen verfahren wird.

Zwar haben die Polizeien im Bund und in den Ländern viel zu viele Daten, aber zumindest bei der Übermittlung ins Ausland hat es den Anschein, dass eine gewisse Vorsicht vorhanden ist. Ich spreche bewusst von der Polizei, die einer gewissen öffentlichen Aufsicht unterliegt. Bei BND und Verfassungsschutz sieht es ganz anders aus.

Die Polizei weiß, dass in anderen europäischen Ländern andere staatliche Stellen, aber mitunter auch private Stellen Zugriff auf Datenbestände haben, insbesondere auch in den sogenannten „sichere Herkunftsländern“. Eine solche Datenfreigabe sollte niemand fordern. Auch die EU-Datenschutz-Grundverordnung für die Sicherheitsbehörden ändert daran leider gar nichts. Denn erstens wird diese immer mehr zum Papiertiger, und zweitens ist Europol da ausgenommen.

Solange es keine transparenten Verfahren und verbindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen gibt, mit denen sich zu Unrecht verdächtige Bürger den Behörden gegenüber wehren können, sind Forderungen nach europaweitem Datenaustausch purer Populismus und selbstverständlich abzulehnen.

Noch ein paar Worte zu den Forderungen Ihres Antrags, Kollege Stein. Unter Punkt 1 wird ein weiteres Kompetenzzentrum gefordert. Kollege Bialas und andere haben schon ausgeführt, dass es das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, das Gemeinsame Internetzentrum und das Cybercrime-Kompetenzzentrum gibt. Fragen Sie mich nicht, was die bisher gemacht haben. Mit der Transparenz ist es da ja nicht weit her. Aber wenn Sie als Mitglied einer Bundesregierungspartei ein weiteres Zentrum fordern, dann finde ich das schon sehr bedenklich.

In Punkt 2 Ihres Kataloges fordern Sie, dass die Landesregierung Druck auf TK-Anbieter machen

soll. Das ist sehr bemerkenswert. Für mich ist das ein offener Aufruf zum Verfassungsbruch.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

In einem Rechtsstaat bestimmen Gesetze die Vorgaben für Unternehmen. Diese Gesetze müssen sich an freiheitlich-demokratischen Grundwerten orientieren.

(Beifall von den PIRATEN und Matthi Bolte [GRÜNE])

Sie fordern hier absichtlich keine Gesetzesänderung, weil Sie ganz genau wissen, dass ein solches Gesetz zur Inhaltskontrolle schlicht verfassungswidrig wäre. Eine solche Forderung lässt sehr tief blicken und disqualifiziert Sie meiner Meinung nach für jede Mitwirkung an Sicherheitsgesetzen.

Punkt 3 verstehe ich als eine Forderung nach einer automatischen Terrorbenachrichtigung für Daten im Internet. Ich bin sehr gespannt, welche klärenden Worte Sie im Ausschuss finden, um diese Vorstellung zu erläutern.

In Punkt 4 Ihres Antrags fordern Sie eine Verbesserung des Informationsflusses. Das ist eine naive Vorstellung, zu der ich ja bereits eben einiges gesagt habe.

Wie wir alle wissen, gibt es zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen im Umfeld der Vorratsdatenspeicherung, die klar belegen, dass eine Erkennung von Terroristen durch Kommunikationsmuster vorab schlicht nicht möglich ist. Anstatt weitere Überwachungszentren zu fordern, sollten wir uns einmal ansehen, warum die unzähligen Antiterrorzentren hier und auch in anderen Ländern an ihrer Aufgabe scheitern. Die wissenschaftliche Überprüfung der bisher getroffenen Maßnahmen und warum sie nicht wirken, das wäre ein sinnvoller Antrag gewesen.

Seit mehr als 30 Jahren gibt es internationale Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden, um extremistischen Gruppen den Geldhahn zuzudrehen. Das Bankgeheimnis ist inzwischen aufgelöst. Das Bargeld soll abgeschafft werden. Die USA haben seit Jahrzehnten alle Kreditkartenzahlungen weltweit unter ihrer Kontrolle. Hat das irgendetwas gebracht? – Nein, nichts! Deshalb brauchen wir kein neues Zentrum für irgendetwas, sondern wir müssen die politischen Gründe diskutieren, warum zum Beispiel der IS Öl an die Türkei liefern kann und das bezahlt bekommt. Darüber werden wir hoffentlich im Ausschuss reden.

Der Überweisung stimmen wir insofern zu. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Kutschaty in Vertretung für Herrn Minister Jäger.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Internet ist natürlich kein Paralleluniversum, sondern Teil unserer realen Welt. Und wie das in der realen Welt nun einmal ist, nutzen natürlich auch Kriminelle ihre Chancen im Internet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Es ist also keine Überraschung, dass auch Terroristen das Netz zur Planung und Begehung ihrer Taten oder zur Verbreitung ihrer Propaganda nutzen.

Natürlich schaut Nordrhein-Westfalen nicht tatenlos zu, wenn Terrororganisationen ihre brutalen und unmenschlichen Verbrechen vorbereiten.

Sicherheitsbehörden müssen relevante Vorgänge möglichst frühzeitig sichtbar machen. Die Sicht wird am klarsten, wenn alle gemeinsam ihren Blick auf das gleiche Ziel richten. Das wird in Deutschland und europaweit bereits getan.

Im Bund hat Nordrhein-Westfalen dazu beigetragen, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden deutlich zu verbessern. Im gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum werden Sachverstand und Arbeitseinsatz von 40 deutschen Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes gebündelt mit dem Ziel, den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. Kurze Kommunikationswege, Informationsaustausch und gebündelte Auswertekompetenzen sollen geplante Terrorakte frühzeitig erkennbar machen und operative Maßnahmen schnell einleiten lassen.

Die Auswertung des Internets übernimmt dabei das gemeinsame Internetzentrum, dessen Erkenntnisse auch bei Europol gesammelt werden und allen beteiligten Sicherheitsbehörden in Deutschland schon jetzt zur Verfügung stehen. Auf die gleiche Weise arbeiten Länder und Bund im gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, in dem die übrigen Phänomene der politisch motivierten Kriminalität gemeinsam beobachtet und analysiert werden. In der konkreten Zusammenarbeit werden dabei Lagebilder erstellt und bewertet, Organisationsverbote geprüft, Personenpotenziale oder Fallanalysen erstellt.

Nordrhein-Westfalen wirkt dabei auf allen Plattformen über die Polizei und den Verfassungsschutz durch das Einbringen von Themen, die durchgehende Entsendung von Verbindungsbeamtinnen und -beamten mit. Dorthin fließen regelmäßig auch Informationen ausländischer Partnerdienste. Polizei und Verfassungsschutz stehen darüber hinaus auf nationaler wie auf internationaler Ebene in ständigem Austausch.

Internationale Terrorstrukturen bekämpft man am sinnvollsten bundesweit, und zwar abgestimmt und durch vernetztes Handeln. Dazu hat Nordrhein-Westfalen bereits die nötigen Strukturen geschaffen, lieber Herr Stein. Das Landeskriminalamt ver-

fügt über eine ganze Abteilung, die zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Darüber hinaus haben wir bereits im Jahre 2011 auf die Herausforderungen digitaler Tatbegehungsstrukturen reagiert und uns zur Bekämpfung der Cybercrime neu ausgerichtet. Im Landeskriminalamt wurde dazu ein Cybercrime-Kompetenzzentrum mit ca. 100 Polizisten, Wissenschaftlern und Technikern eingerichtet. Es sind nicht nur 17 Leute, lieber Kollege Lürbke, die sich mit diesem Thema beschäftigen.

Meine Damen und Herren, mit dem Sicherheitspaket zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus haben wir diese Bereiche gerade erst personell erheblich verstärkt. Das betrifft das Landeskriminalamt und die Kreispolizeibehörden. Mit insgesamt 60 zusätzlichen Stellen haben wir dort die Staatsschutzdienststellen verstärkt. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz wurde um 54 Stellen verstärkt. Das hilft uns heute auch, den Bedrohungen, dem Terrorismus oder seine Trittbrettfahrer professionell zu begegnen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt. Wer aber in einem Antrag die automatisierte Auswertung des Internets fordert, hätte schon bei „Raumschiff Enterprise“ lernen können, dass wir uns in unendlichen Weiten bewegen, in einer virtuellen Welt ohne Grenzen. Darum müssen wir gezielt Schwerpunkte setzen und koordiniert handeln. Dieser Antrag hilft uns dazu leider nicht weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Kutschatj. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/10303** an den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisung? – Oder gibt es Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe auf:

14 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8446

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/10263

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Kopp-Herr für die SPD-Fraktion das Wort.

Regina Kopp-Herr (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz besonders liebe Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion! Ich stelle es gleich an den Anfang meiner Rede: Es ehrt Sie, dass Sie mit diesem Gesetzentwurf die Bedeutung von Partizipation und Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen herausgearbeitet haben. Dass das ein wichtiges Thema ist, darüber sind wir uns fraktionsübergreifend einig.

Wir brauchen Kinder und auch Jugendliche, die ihr Leben und ihre Zukunft gestalten und die dafür nötigen Voraussetzungen früh erleben und erfahren sollen.

Partizipation und Mitbestimmung, das Erleben und Erfahren wertschätzenden Umgangs gegenüber Kindern und Jugendlichen, das Akzeptieren unterschiedlicher Meinungen, das Entgegenbringen von Empathie gegenüber den Mitmenschen sind wesentlich für das Aufwachsen selbstbewusster und aktiver Kinder. Kinder sollen sich einmischen. Darüber hinaus ist der Erwerb dieser Fähigkeiten die beste Prävention gegen Extremismus jeglicher Art. Auch hier erzähle ich nichts Neues. Auch darüber sind wir uns einig.

Nicht einig waren und sind wir uns über den Gesetzentwurf der Fraktion der Piraten. Das Ergebnis der Anhörung zeigt, dass die hinzugezogenen Expertinnen und Experten, wie auch wir, den Wert von Partizipation und Mitbestimmung von Kindern in Kindertageseinrichtungen hochhalten, jedoch den Gesetzentwurf als nicht notwendig erachten.

Sie sehen in § 13 Abs. 6 des zweiten KiBiz-Revisionsgesetzes Partizipation und Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen verankert. Nebenbei sei an dieser Stelle ein charmanter Gedanke zum Ausdruck gebracht: Wie wäre es wohl, wenn Partizipation und Mitbestimmung, so wie die Kinder sie im Elementarbereich erfahren haben, ihre Fortsetzung in der Primarstufe finden würden?

Noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten: Das Thema ist wichtig, richtig und muss weiterhin im Interesse und in der Arbeit mit und für Kinder Beachtung und Umsetzung finden. Das finden wir im KiBiz an entsprechender bereits erwähnter Stelle, aber auch in den in der Landesverfassung verankerten Kinderrechten. Deshalb wird meine Fraktion den Gesetzentwurf der Piraten ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kopp-Herr. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Milz.